

EDITORIAL

Die UNIZEIT ist diesmal dem Schwerpunktthema "Universität und Wirtschaft" gewidmet. In der vorliegenden Doppelnummer finden Sie neben der bereits vertrauten Wissenschaftsberichterstattung einen Überblick über die wichtigsten EG-Programme, eine Vorstellung jener Stellen, die beraten und helfen können, Erfahrungen von Angehörigen der KFUG bei der Antragstellung, den Problemkreis Theorie und Praxis dargestellt aus der Sicht eines Institutes und eines Industrieunternehmens, Versuche, die Kontakte zwischen Universität und Wirtschaft zu verbessern und vieles mehr.

Die volle Teilnahme an den EG-Programmen, die Österreich so nach und nach ermöglicht wird, bietet die Chance, rasch zu Informationen und Know-How über neue Entwicklungen zu kommen, neue Kontakte zu knüpfen - vielleicht für weitere, nicht EG-bezogene Kooperationen - und andere Mentalitäten und Arbeitsweisen kennenzulernen. Diese Chance sollte möglichst früh genutzt werden, denn im Laufe der Zeit wird es immer schwieriger werden, in den Forscherkreisen, die sich jetzt durch die EG-Kooperationen formieren, Aufnahme zu finden. Um das Ziel des Außenministeriums und des BMWF, die volle Teilnahme an den EG-Programmen vor einem Beitritt Österreichs in die EG, erreichen zu können, müssen allerdings die Anteile für Forschung und Entwicklung im Budget deutlich angehoben werden. Ansonsten könnte es passieren, daß vermehrt gute Leute ins Ausland abwandern und Österreich seine Attraktivität für ausländische Wissenschaftler verliert.

An der KFUG gibt es zwei Anlaufstellen für die EG-Programme: das Außeninstitut und das Büro für Auslandsbeziehungen. Um den interessierten Wissenschaftlern den Einstieg in die Pilotphasen zu erleichtern, hat das Außeninstitut im letzten Monat zwei Informationsveranstaltungen zu den Programmen Comett und Science durchgeführt. Aktivitäten, die wir natürlich fortsetzen wollen.

Christian Reiser

Programmiert auf Europa

Die Zeit der europäischen Stagnation ist vorbei. Noch bevor es aber endgültig ernst wird mit dem EG-Beitritt Österreichs, kommt jetzt einmal die heimische Wissenschaft zum Zug: Die gleichberechtigte und ungehinderte Teilnahme an den europäischen Forschungs- und Weiterbildungsprogrammen ist das erklärte und gar nicht mehr so ferne Ziel des Wissenschaftsministeriums. Wer jetzt mitmacht, der hat noch nichts versäumt.

Es war ein unübersehbares Aufbruchsignal, als Ende Oktober das "Büro für Europäische Bildungskooperation" im 9. Wiener Bezirk in der Liechtensteinstraße seine Pforten öffnete. Lutz Musner, aus dem Wissenschaftsministerium berufener Leiter des neuen Europabüros, wird sich ab sofort um eine möglichst innige Beziehung zwischen heimischen Wissenschaftern und den Weiterbildungsprogrammen der Europäischen Gemeinschaft bemühen - "eine moderne Partnerbörse", wie der frischgebackene Bildungskordinator in Eigendefinition meint.

Doch Musner ist nicht einmal der erste an diesem für Österreicher ungewohnten Terrain. Während sich das Büro in der Liechtensteinstraße nämlich ausschließlich den EG-Bildungs- und Mobilitätsprogrammen widmen wird, gibt es für die davon zu unterscheidenden Forschungs- und Entwicklungsprogramme schon seit geraumer Zeit eine eigene Anlaufstelle: das EUREKA-Sekretariat im Rahmen der Abteilung für Handelspolitik und Außenhandel der Bundeswirtschaftskammer.

Die erfolgreiche Koordinationsarbeit dieser Bundeswirtschaftskammer-Dependance findet ihre Grundlage im 2.EG-Rahmenprogramm über Forschung und technologische Entwicklung für die Jahre 1987 - 1991. Darin ist festgelegt, daß sich auch Institute und Betriebe aus EFTA-Staaten an ausgewählten Forschungsprogrammen der EG beteiligen können - freilich nur beschränkt auf einzelne Projekte und ohne die Möglichkeit eines finanziellen Zuschusses seitens der EG-Kommission.

Dennoch ist die Bedeutung der strategischen F&E-Programme als erste Kontaktmöglichkeit mit dem neuen Europa für Österreich unbestritten. Die von der EG-Kommission im jeweils gültigen Rahmenprogramm vorgegebenen Forschungsschwerpunkte - derzeit sind das etwa die Themen Information/Kommunikation, industrielle Modernisierung sowie Nutzung biologischer Ressourcen - ermöglichen mittelfristig eine Abstimmung der gemeinsamen Arbeit im F&E-Bereich. Europäische Forscher aus Unternehmen und Hochschulen werden im Rahmen von zeitlich befristeten Ausschreibungen aufgefördert, passende Projektvorschläge einzubringen. Diese Anträge werden dann von der Kommission angenommen oder abgelehnt.

Für Österreich bedeutet die Teilnahme an den europäischen Programmen mehr Internationalität, den Zugang zu einem beträchtlichen Forschungspotential und nicht zuletzt eine erhöhte Wettbewerbsfähigkeit auf dem Weltmarkt. Da die Förderung der österreichischen Beteiligung, wie erwähnt, derzeit nicht von der EG übernommen wird, beschränken sich die Finanzierungsmöglichkeiten momentan auf das eigene Land. Unterstützungen werden vom FWF (Fonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung), vom FFF (Forschungsförderungsfonds für die Gewerbliche Wirtschaft), vom ITF (Innovations- und Technologiefonds) wie über den Weg einer Auftragsforschung des Wissenschaftsministeriums gewährt.

Bereits in naher Zukunft könnte zudem eine noch weitergehende Teilnahme Österreichs an europäischen Forschungsgeschehen möglich sein. Wie der zuständige Beamte im Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung, Hofrat Kneucker, gegenüber